

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsführung entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Abonnementpreis: Für die nächsten 12 Monate 10 Reichsmark. - Einzelhefte 1 Reichsmark. - Abnehmer außerhalb Deutschlands sind ersucht, den Postzuschlag zu berücksichtigen. - Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

immer 11

Halle, 17. März 1928

4. Jahrgang

Die Ergebnisse von Genf

Strefjans Bericht

Der Reichsaußenminister Dr. Strefjans ist mit dem Bescheid der Abordnung und hat sich dem Reichspräsidenten über die dort gefolgten Verhandlungen berichtet. Ein Vortrag im Reichstag und in der Reichsversammlung im auswärtigen Ausschuss des Reichstages darüber sind in wenigen Tagen anzusetzen. Sehr ernstlich sind die Ergebnisse dieser Tagung nicht. Erst wurde für Deutschland sehr wenig. Daraus darf man kein Vorwurf gemacht werden, denn die Lage war ja denkbar ungünstig wie nur irgend möglich, uns eigentlich am tiefsten beruhenden Fragen formüberhaupt nicht zur Erörterung kommen, weil sie von vornherein ausfallslos waren. Wenige Wochen vor den nächsten Wahlen, deren Ausgang angeht, der die Wähler in der Hand hat, hätte es keinen Sinn gehabt, auf die Meinungsäußerung einzugehen. Das wollte man auch, ehe die Sitzung in Genf begann. So blieb nur übrig, was auf Tagesordnung selbst stand. Und hier muß man, schon bei der Entschädigung zu vermeiden, feststellen, daß diese nicht nach unseren Wünschen gelaufen sind. Bei feststehender Jurisdiktion der Engländer fanden wir Anfang an der geistlichen Front Frankreichs und der Freunde gegenüber. Entschieden wurde nicht, aber sagte sich schon jetzt, daß die Tagung im Juni zu den ersten gehören wird, die wir seit unserem Eintritt in den Völkerverbund erleben. Alles, was diesmal nur erreicht worden ist, wird dann in verklärter Form zur Debatte gestellt werden. Und hier dröhen die Fragen, die man nicht verdrängen soll.

Die Investigation

Zuerst machte der Beschluß des Rates in der ungenügenden Waffenaffäre keinen schlechten Eindruck. Die Investigation war vermieden worden, weil England Italien sich gegen die Straubens und Deutschland ähnliche Haltung einnahm. Beschlossen wurde nur die Einsetzung einer Kommission, also nur eine Art kleiner Investigation. Bei näherem Zusehen aber wird man sagen können, daß auch das bedeutend genug ist. Der Rat kann jetzt eine solche militärische Untersuchung anordnen. Einrichtungsmaß, daß der angelegte Staat zu einem, will wenig besagen, denn die Abklärung würde als Nebenprodukt zu gelten haben. Es wird daher selten gelingen. Es ist nun also der erste Fall eingetreten, der Völkerverbund von seinem Rechte Gebrauch macht. Seine Apparate, der jetzt erforderlich ist, läßt sich leicht in Tätigkeit setzen. Man kann also von Genf sehr rasch einmal auf Anlagen hin eine militärische Untersuchung anordnen. Der einzige Vorteil, der erreicht ist, ist, besagt darauf, daß die Kommission aus Neuen besteht und nicht aus jedem Fall militärisch zusammengefügten Gremium, indem die Entente vorerklärt, das auf Grund des Untersuchungsprogramms festzustellen werden können. An sich kann man natürlich Völkerverbund zustimmen, daß er nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, über die Zurechnung der Straubens Verträge zu wachen und daß Ungarn mit dem Völkerverbund einen Vertrag begangen hat. Aber was schon damals fraglich, gilt auch heute. Es ist ein offenes Geheimnis, wenn der Völkerverbund seine Verpflichtungen hat, während er die großen ungelöst läßt. Der große Vorteil besteht darin, daß vom Völkerverbund überhaupt keine Rede ist, obwohl sich ein Teil der Friedensverträge erfüllt. Solange man in Genf nicht den Mut aufbringt, die Fragen ernstlich in Angriff zu nehmen, wird es aber herausfordernd, wenn man sich über einige Maßnahmen erhebt. Die kleine Investigation ist ein neues Unrecht, weil man wieder einmal bewußt, daß jeden Anlaß benutzt, die Völkerverbund des Weltkrieges kontrollieren, während man vor dem waffenkämpfenden Völkerverbund und seinen Bundesgenossen anständig die Fahne

Die regionalen Verträge

Wiel schlimmer noch ist der Sieg der französischen in der Frage der regionalen Verträge. Deutschland ist mit Recht dagegen ernstlich gewandt, ist aber damit nicht durchgedrungen. Diese Bestimmungen sind erst in erster Lesung erledigt, aber es besteht keine Hoffnung, in der zweiten Lesung, die im Juni stattfinden soll, Veränderungen herbeizuführen. Aber die Meinung darf man sich nicht täuschen. Irland hat in den letzten Tagen, daß seine Abmachung mit Jugoslawien, der Fischschiffen, Polen und Rumänien damit Billigung erfahren haben. Selbstverständlich fehlt die Meinung nicht, daß sie sich gegen Dritte nicht richten dürfen.

Praktischen Wert hat diese Einschränkung nicht. Kein Vertrag richtet sich offen gegen Dritte. Das Wort Italien and, daß die Sprache nur dazu da ist, die Gedanken zu überlegen, ist die Basis all solcher Übereinkommen. Sie sind immer denselben, wenigstens nach dem Text. In Wirklichkeit bedeuten sie aber eine Verdröhung der Nachbarn. Es kommt schließlich darauf an, wie man sie in der Stunde der Not ansieht. Und da kann nicht der mindeste Zweifel darüber bestehen, daß sie offenbar gemeint sind. Frankreich schloß sie, um Deutschland niederzuhalten. Später auch mit der Front gegen Italien und Ungarn. Schon daraus geht hervor, welchem Zweck sie dienen. Aber das ist nicht das Einzige. In dem Beschluß ist auch die Bestimmung der Vermittlung, daß der Rat auf Antrag einer Partei die Vermittlung für weitere solche regionale Verträge in die Hand nehmen kann. Die deutsche Forderung, daß die Zustimmung selber vorzuziehen wird, wurde abgelehnt. Das besagt für unseren Fall, daß eines Tages, und wir müssen damit bestimmt rechnen, die Polen an der Rat herangetragen werden, um ein Di-Vocano zu fordern. Es bedarf dazu sehr großer Geschicklichkeit, um die Gefahren abzuwenden ohne wieder in den Ruf des Friedensstörers zu gelangen. Ein solches Di-Vocano ist aber für uns einfach untragbar. Wir denken gar nicht daran, den Polen unsere Grenzen zu garantieren. Auf die Anwendung von Waffengewalt haben wir ohnedies 1925 verzichtet. Darüber hinausgehendes liegt für uns nicht der mindeste Anlaß vor. Wir dürfen uns jedoch nicht darüber täuschen, daß man in der Welt für unsere Haltung wenig Verständnis hat. Die obersten Mächte sehen hier nur eine Kriegsgefahr, die sie beseitigen haben wollen, wobei es ihnen gleichgültig ist, wer die Rollen besetzt. Dadurch kommen wir in das Hintertreffen, denn wir sind in diesem Falle die Aggressiven, die eine Veränderung bestehender Zustände herbeizuführen müssen. Das der Korridor eine Unmöglichkeit ist, gibt man zwar zu, aber die Punkte schmerzt nur den, der sie trägt. Wir haben alle Ursache, die Entwicklung mit ernstlicher Sorge entgegen zu sehen.

Die Vollmachten des Ratspräsidenten

In Genf herrscht das Bestreben, die Rechte des Ratspräsidenten zu erweitern. Wie weit sich das ausdehnen wird, kann man heute nicht sagen, aber schon jetzt wird klar, daß eine solche Machtvergrößerung nicht unbedenklich ist. Wir haben ja unsere Erfahrungen. Schon bei der Abstimmung in Oberösterreich zeigte sich, wie gering die Kenntnisse deutscher Reichsmitglieder sind. Die Verhandlungen in Genf sind für eigenes Land. Man den Vertretern anderer Genette kann man noch mehr eine Einführung in fremde Wesen verlangen. Das hat der Brasilianer als Vorwissen vorausgesetzt. Wir haben teils einen Chinesen und dann einen Vertreter Süd-Amerikas als Ratspräsidenten gehabt. Ihnen ist Europa genug zu unbekannt, wie uns der ferne Osten oder Latein-Amerika. Hier bestehen ernste Gefahren. Man braucht sich nur darüber klar zu sein, daß fast alle diese Völkerverbund Genette ihrer Staaten in Paris sind, und sich dem französischen Einfluß nicht entziehen können, wie in überhaupt ein großer Teil der Ratsmitglieder an der Seine diplomatisch tätig ist. In Wirklichkeit würde also nicht der Ratspräsident, sondern der Dana d'Orsay darüber entscheiden, was im Einzelfalle zu geschehen hätte.

Der Fall Rheus

Die Denkschrift über diese unerwartete Angelegenheit ist nunmehr in der Fassung, die der Reichsparlamentarischer Rat in Verbindung mit dem Reichswehrministerium gemeinsam am hergestellten hat, veröffentlicht worden. Der Entwurf war rechtlich genau. Bisher, die sich noch nicht entschieden haben, aber an 20 Millionen herantommen, sind dem Reich durch das eigenmächtige Vorgehen des Kapitän Soltmann entstanden. Man legt über allem ein Lichter, aber schon jetzt ist man erschrocken über die Ansehung der Geschäfte, die in leichtfertiger Weise eingeleitet worden sind. Evidentlich hat man zunächst sich nur an Unternehmungen beteiligt, die einen Zusammenhang mit der Marine hatten, die einen Zusammenhang mit der Marine hatten, die einen Zusammenhang mit der Marine hatten. Man hat die Aufmerksamkeit aufbringen konnten. Nachdem dann aber wider Erwarten die Sache eintrat, hat man verdröht, diese Einläufe immer tiefer in den Sumpf hineingeriet und schließlich sich in nicht zu erlösenden verloren. Waren es fünf, daß die drei oder vier Jahre hindurch waren, ist aus der Zeit nicht zu erkennen. Wir nehmen an, daß eine gewisse Jurisdiktion der Regierung bei der Erörterung aus bescheidenen Gründen gegeben war, die man achten muß und auf die wir deshalb auch nicht eingehen wollen. Ansehungen, die in die Öffentlichkeit gedrungen sind,

schon einen Fingerzeig. Es erscheint aber ausgeschlossen, daß Soltmann tatsächlich immer in voller Selbstständigkeit gehandelt hat. In dem Bericht wird davon gesprochen, daß er hin und wieder Berater hinzuzog. Das macht es nicht möglich, müssen sich diese Beamten bei Maie auch erkundigt haben, warum es eigenständig ging. Es wäre sehr merkwürdig, wenn sie die geeignete Auskunft immer nur gegeben und niemals eine Frage gestellt haben sollten. Wir haben Grund zu der Annahme, daß aber unter noch sehr böse Enthüllungen warten. Namen werden bereits genannt. Wir wollen vorläufig abwarten, klau er aber, daß eine Aufklärung nicht ausbleiben wird. Das Schicksal des Reiches ist dabei tragisch, denn all seine Bestrebungen, ein Vertrauensverhältnis mit den leitenden Offizieren herbeizuführen, denen er manches Opfer gebracht hat, sind begründet gewesen. Herr Brüner steht vor der unheimlichen Aufgabe, für die Verantwortlichen zu müssen, ohne schon jetzt die Zusammenhänge völlig übersehen zu können. Aber das Interesse der Nation erfordert, daß hier jede Möglichkeit gelassen wird, auch wenn eine völlige Umgestaltung unserer Wehrmacht herbeigeführt werden muß.

Die Bauernrevolten

Die Not der Landwirtschaft ist von niemandem ernstlich bestritten worden. Der Kapitalmangel, die drückenden Steuern, die nicht zuletzt die Mißernte des vergangenen Jahres haben die Notlage der Landwirtschaft völlig in Frage gestellt. Die Gründe liegen klar zu Tage. Es kommt hinzu, daß in vielen Bereichen eine beängstigende Missernte herrscht. Die Maßnahmen sind entweder veraltet oder fehlen gänzlich. Hilfsmittel, wie sie von den deutschen Bauern vorgeschlagen werden, Erhöhung der Zölle und Abschaffung der Einfuhr haben gar keinen Sinn. Sie würden nur eine Vertiefung der Notlage herbeiführen. Das ist die Kaufkraft des deutschen Volkes, die an sich schon gering ist, weiter vermindern und die Preise für landwirtschaftliche Produkte unerschwinglich machen. Ganz hoffnungslos wäre dabei die Lage der Wirtschaft, die auf ausländische Futtermittel angewiesen ist. So sehr wir die Verzeigerung der Bauern verstehen, so wenig sind die Bedingungen mit Steuererhöhungen und die Mißwirtschaft zu rechtfertigen, die sich in letzter Zeit häufig genug ereignet haben. Damit wird überhaupt nichts erreicht. Die Forderung von Finanzämtern kann nur schweren Schaden stiften, ohne jemandem zu nützen. Sehr eigenartig verhält die häufig von der Politik gemachte Feststellung, daß die Zumeist gar nicht Bauern, sondern Landarbeiter und Gutshilfskräfte sind. Ein Blick in die deutsch-nationale Presse zeigt, wie wir diese Verzeigerung zu verdammen haben. Und dabei wird das Deutsche Reich von einem radikalen regiert, in dem die Deutsch-nationalen das Ubergewicht haben. Man kann daraus ersehen, wie diese ganze Revolte aufgezeigt werden würde, wenn etwa eine Einkreuzerung am Ruder wäre. Es handelt sich um eine verwerfliche Wahlmache, die jedoch vorausichtlich ihren Urheber keine Freude bereiten wird. In der Bauernschaft dümmert es, und die Lösung vom Schoß und die, der immer nur an sich gedacht hat, und niemals das Interesse der kleineren und mittleren Welt wahrnehmen, hat mit eifersüchtiger Schärfe eingeleitet. Es ist zu hoffen, daß schon bei den nächsten Wahlen die Bauernschaft sich auf ihren eigenen Vorteil befinnt und den Deutsch-nationalen in erheblichem Ausmaß den Rücken kehrt. Die Gründung der christlich-nationalen Bauernpartei unter Führung des bisher volksparteilichen Abgeordneten Hepp ist ein Schritt auf dem Wege. Die eigentliche Zukunft aber liegt in der Verbindung des Deutschen und des Bayerischen Bauernbundes, die Republikaner sind, und der Linken erheblich näher stehen.

Richard May.

Der große Appell

macht es allen Demokraten zur Pflicht, unter Verwandten, Freunden und Bekannten zu werden. Niemand darf sich dieser Pflicht entziehen.

Tausende sind zu gewinnen!

Konrad Weiß 65 Jahre alt

Einer der hervorragenden und populärsten demokratischen Führer, Stadtschulrat Konrad Weiß in Mühlberg, beging an diesem Sonntag die Feier seines 65. Geburtstages. Weiß hat namentlich die Feier seines 65. Geburtstages. Weiß hat namentlich die Feier seines 65. Geburtstages. Weiß hat namentlich die Feier seines 65. Geburtstages.

Leberzeugungstreue und dazu mit jugendlichem Temperament tritt Konrad Weiß auch heute noch in Wort und Schrift für seine Ideale ein. Es ist ein fähigerer Beruf, daß er der deutschen Volksvertretung seit 1924 nicht mehr angehört. Die bayerischen Demokraten haben ihn

Demokraten werbt für die Partei!

zum Vorsitzenden ihrer Landesorganisation gewählt und ihm damit ein Amt übertragen, das er mit Umsicht und mit tiefem Verständnis für alle grundsätzlichen und tatsächlichen Fragen ausübt. Die Leitung der Deutschen Demo-

kratischen Partei hat dem Jubilar folgendes Glückwunschtelegramm übermittelt: „Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei sendet zum 65. Geburtstag herzlich Glückwünsche. Gerade sind 35 Jahre vergangen, seit Sie zum ersten Male in den Deutschen Reichstag einzutreten in all diesen Jahren sind Sie auf dem Gebiete der Politik Führer und Mahner gewesen. In den schwersten Jahren von Revolution und Reaktion haben Sie als Abgeordneter und demokratischer Landesvorsitzender in Wort und Schrift hervorragende Stelle Vorbildliches geleistet. Wir danken Ihnen heute und hoffen, daß Sie uns mit Rat und Tat auch weiter stets zur Verfügung stehen werden. Mit besten Grüßen, Ebelens, Fischer.“

Staatsminister Dr. Schreiber spricht in Halle

auf dem Wahlkreisparteitag am Sonntag, den 18. März 1928, vormittags 11 Uhr, im „Nicolaus

Bezirk Halle

Halle. Frau Dr. Agnes Golde ist gestorben. Die Trauerfeier geht uns loben zu und erfüllt gewiß alle, die der hervorragenden Frau nachzuehnen konnten, mit aufrichtigem Schmerz. Uns war sie eine liebe, treue Parteifreundin, mit der wir uns in Dingen um geistige und politische Ideale eng verbunden fühlen durften. Wir werden dem Andenken an die Verstorbene stets einen Ehrenplatz im Innern bewahren.

Zintenfischtaktik

Halle. Wenn dieser Meeresbesohner sich vor seinen Verfolgern retten will, dann trübt er bekanntlich durch Ausstreuen eines dunklen Saftes das Wasser, um nicht mehr erkannt zu werden und auf diese Weise entweichen zu können. In einer gleichen Lage befinden sich seit geraumer Zeit die Deutschen Nationalen. Das Jahr ihres verantwortlichen Mitregierens hat die Höhe ihrer politischen Ideen schonungslos enttillt, und es mehren sich täglich die Verfolger aus ihren eigenen Reihen, die ihnen wegen gebrochener Wahlversprechungen (siehe Rentner und Später) und wegen der bürgerlichen Politik, von ihren Ministern die republikanische Staatsform eibiden, im Lande aber die verstorbenen Monarchen anstimmen zu lassen, ans Meer wollen.

In dieser Lage greifen die Deutschen Nationalen zur Zintenfischtaktik. Und ein lebendiger Reichstagsabgeordneter, Geheimrat Dr. Laas benützt die Tinte, um in Nr. 58 a der „Halleischen Zeitung“ nachzuweisen, daß der Vorwurf, die Deutschen Nationalen seien keine Verfassungskritiker, unredentlich ist. Denn, so exemplifiziert Herr Laas, die Verfassungskritiker gibt es bei uns überhaupt nicht. Die Sozialdemokratie (siehe Verfassungskritiker, weil sie wirtschaftspolitisch den Klassenkampf propagiert. Die Deutsche Volkspartei ist es nicht, weil sie genau so monarchisch wie die Deutschen Nationalen eingestellt ist. Desgleichen die Bayerische Volkspartei. Und die Demokraten sind es seiner Ansicht nach erst recht nicht, weil sie den „Deutschen Einheitsstaat“ erziehen. Ergo seien alle Parteien darin einig, daß die Weimarer Verfassung beseitigt werden müßte.

Herr Geh. Reg.-Rat Dr. Laas hat nach den Reichstags-Annalen in Jena und Berlin Rechts- und Staatswissenschaft studiert. Er ist weiter Vortragender Rat und dann eine Zeitlang Syndikus der Handelskammer in Essen gewesen. Mitglied des Reichstags ist er seit 1920. Man ist also wohl befugt anzunehmen, daß Herr Laas die grundlegenden Unterschiede zwischen Verfassungskritikern und ihren Ministern wahrlich nicht als „Halleischer Zeitung“ in der Aufrechterhaltung und den Schutz der Republik berücksichtigen lassen, selbst aber mit allen Mitteln die republikanische Staatsform beseitigen wollen, und denjenigen Verfassungskritikern, die den ersten Satz der deutschen Reichsverfassung: „Das Deutsche Reich ist eine Republik“ nicht nur als Lippen, vielmehr als inneres Freubekennnis empfinden und vertreten, geküßelt sein müßte. Herr Laas steht zudem im 52. Lebensjahre, dürfte also auch über die nötige Altersreife verfügen, die ihn erkennen lehrt, daß das Streben der Deutschen Demokraten nach Deutschlands Einheit nur auf dem Boden der Deutschen Republik, niemals aber auf einem von fälschlichen Sondergruppen und Gruppen regierten Deutschland Wirklichkeit werden kann. Die Einsicht für alles das müßte man eigentlich bei Herrn Laas voraussetzen. Aber diese Annahme ist falsch. Herr Laas beschwert sogar ungebührlich. Er schreibt in der „Halleischen Zeitung“ wörtlich: „Deutsche Nationalen und Deutsche Volkspartei haben trotz ihrer innerlich ablehnenden Stellung zur Verfassungsform (also zur Deutschen Republik) die größten Verdienste um die Festigung des deutschen Staates.“ Gegen diese Art Logik anzukämpfen, muß man sich aus berechtigten Gründen verlagen. Aber nützen wird auch dieser Versuch einer Erklärung des Scherzmögens der Verfolger weder Herrn Laas noch den Deutschen Nationalen etwas. Und die Leser der „Halleischen Zeitung“, denen Herr Laas das vorsetzt, müßten ja, wie man in Volksmunde sagt, Tinte gerufen haben, um an diese Argumentation zu glauben.

Halle. Die Deutsch-Demokratische Frauengruppe und der Verein der Deutschen Demokratischen Partei in Halle

veranstalten am Donnerstag, dem 22. März, abends 8 Uhr, in beiden Sälen des Neumarkt-Schützenhauses eine gemeinsame Kundgebung zur Ehrung

Friedrich Naumanns

und zur Ausdeutung der Werbeaufgabe für die Partei, da die Veranstaltung innerhalb der für den 18. bis 25. März vorgesehenen allgemeinen Werbewoche fällt.

Als Redner des Abends ist

Franz Heuß-Knapp-Ecklin

gewonnen.

Wir machen alle Parteifreunde in Halle und der näheren Umgebung auf diese bedeutende Kundgebung aufmerksam und bitten alle Männer und Frauen unserer Partei um recht zahlreichere Beteiligung. Um die mit dieser feierlichen Veranstaltung verbundene Werbeaufgabe zu erfüllen, bitten wir auch dringend darum, Freunde und Bekannte zum Besuch unserer Kundgebung zu veranlassen.

Eintrittsstarten sind in der Parteigeschäftsstelle, Gr. Brauhausstr. 30, und abends an der Kasse erhältlich.

Wahlkreisparteitag in Halle.

Sonntag, den 18. März, vormittags 11 Uhr, findet in Halle im Restaurant Nicolaus (Nicolaisstraße 9-10) unter 7. ordentlicher Wahlkreisparteitag mit nachfolgender Tagesordnung statt.

1. Aufmarsch und Richtung der Partei im Wahlkampf. (Minister Dr. Schreiber). 2. Ausstellung der Kandidatenlisten. (Ausführlich und Beschlußfassung). 3. Mitteilungen des Schatzmeisters. 4. Wahlorganisation. (Anschreiben, Flugblätter usw.).

Als stimmberechtigte Vertreter stellt jede Kreisorganisation zwei Delegierte. Außerdem entfällt auf jede ange-schlossene Ortsgruppe für je 50 Mitglieder ein Vertreter. Sie stellt aber mindestens einen Vertreter.

Außer den gewählten stimmberechtigten Vertretern und Vertreterinnen können als Gäste alle eingeschriebenen Parteifreunde und Parteifreundinnen aus dem ganzen Regierungsbezirk an den Verhandlungen teilnehmen. Wir bitten sogar die Vorsitzende der Kreisvereine und Ortsgruppen, in dieser Hinsicht um einen recht zahlreichen Besuch des Parteitagbesuch zu sein. Der Vorriand.

Eilenturg. Die Ortsgruppe bereitet eine Versammlung mit Minister Dr. Schreiber vor. Auch die Hauptvertrauensfrau, Frau Wolff-Halle, wird in dieser Versammlung sprechen.

Volkspartei und Rentner.

Eisleben. Die D. V. P. hat kürzlich ihre Reichstags-abgeordnete Frau Mas in einer mit dem Thema „Rentner-Vot- und Rentner-Verorganigung“ er einberufen. In der Versammlung sprechen lassen. Das Zeitungsberichte hat hierbei Frau Mas u. a. erklärt, die D. V. P. habe leider bisher für die Rentner nichts tun können, weil der Partei durch die Regierungskoalition die Hände gebunden gewesen seien. Da nun aber die Koalition aufgelöst sei und die D. V. P. wieder freie Hand habe, sei sie ganzen Verzeas bereit, im „nächsten“ Reichstag mit voller Macht für die Rentner einzutreten.

Dazu ist zu sagen, daß gerade die D. V. P. die Koalition mit einer Reichsregierung zwangsweise herbeigeführt hat und sich von vornherein über die so gefährliche Lage klar sein mußte. Außerdem steht auch artemäßig fest, daß die D. V. P. auch in den Auschüßberatungen jeden von den Demokraten geteilten Verbesserungsvorschlag mit abgelehnt hat. Wollte sie das nicht, so brauchte sie ja nur die Anträge annehmen. Sie ist doch beim Reichstagswahlgesetz andere Wege wie die Deutschen Nationalen und Reichsschulgesetz andere Wege wie die Deutschen Nationalen im Zentrum gewandelt. Warum nicht auch bei den von den Demokraten wiederholt beantragten Rentner-verborganigungsaes?

Beiichte weisen ftingt aus den Worten der Frau Mas das alte Lied: Vor den Wahlen Verordnungen. Nach den Wahlen kimmert man sich aber um die Not der Rentner nicht mehr. Daß dies aber noch einmal auf volksparteiliche Verprechungen herinfallen und volksparteiliche Kandidaten wählen werden, ist nicht anzunehmen. Eisleben. Das Spiel mit dem Feuer. Daß auch Mitteldeutschland von der Depe des Landbundes in den Kreisen der Bauern nicht verschont bleiben würde, konnte man von vornherein voraussehen. So hat kürzlich in Eisleben eine nach Preisberichten sehr stark be-

suchte Versammlung des Landbundes stattgefunden. Herr von Wedel-Riesdorf leitete, und in der Rede des abgeordneten Demeter angeführt die Gründe die der Landwirtschaft gesprochen hat. Wie Demeter gesprochen haben muß, geht aus nachfolgender Entschliegung hervor:

„Die Versammelten lehnen jede weitere Zahlung an die öffentliche Hand so weit der Ertrag ihrer Betriebe eine Zahlung nicht zuläßt. Die Versammelten werden in dieser Hinsicht mit allen legalen, insbesondere auch parlamentarischen Mitteln vorgehen. Sie sind nicht gewillt, Zwangmaßnahmen weiterhin zu ertragen.“

In dieser Entschliegung wird von legalen Mitteln gesprochen. Aber auch Herr von Wedel, Riesdorf, und Demeter sind sich wohl darüber klar, daß die angebotene Einleitung von Steuerzahlungen usw. nicht zu legalen Mitteln gezählt werden können. Es ist nicht über. Man vertritt die Leidenschaften auf und wenn sie über den legalen Weg hinausdrängen, so ist seitens der aufstehenden Führer seine Hände in die Taschen zu stecken. Es ist ein gefährliches Spiel, das fern zu bleiben.

Zeig. Ebert-Feier der Ortsgruppe 3. Am Mittwoch, dem 29. Februar, veranstalteten die Demokraten Zeig eine Ebert-Feier, zu der Freund S. Leipzig, die Gedächtnisrede hielt. Eingeleitet wurde die Feier durch Musik und Rezitation, die dem ratter einer Totenerhebung angepaßt waren. Am schroten-goldenen Jahrestag grüßte ernt das umfome Eberts. Freund Herz schilberte in schlichten Worten Menschen Ebert und sein Verdienst um die deut ge Mit dem Liebe vom guten Kameraden klang die Rede. Die rechte öffentliche Veranstaltung liegt hinter uns. Eitel Weges sind wir vorwärts. Scherz ist unsere doch vor legen frisch den Flug an, denn es gilt mit Kräfte harte Nöden zu pflegen. — Wir begrüßte rühmige Arbeit unserer jungen Freunde in Halle mit ihnen: „Vorwärts!“ (Die Schriftl.)

Eitterfeld. Am Montag, dem 19. März, veranstaltete die Deutsch-Demokratische Partei als Auftakt zur Woche eine große öffentliche Kundgebung. Redner ist seisor Dr. Goeß-Weizsig.

Teich. Für die Werbeweche ist eine öffentliche Kundgebung in Vorbereitung. Redner: Der Vorsitzende, Dr. Goeß-Weizsig.

Hier abtrennen!

An das Postamt (Zeitungskstelle) (Infrankiert in den Briefkasten zu werfen)

Bestellschein

Ich bestelle hiermit Exemplare
Politischer Wegweiser
für den
Monat April
und bitte den Verkaufspreis von 70 Goldpfennig zusätzlich pünktig Zustellungs-Gebühr durch den Briefträger erheben zu lassen.

Name:
Wohnort:
Straße:
Verantwortlich Johannes Dornblüth, Hal-
brand: Buchdruckerei Weniger & Co., G. m. b. H.,
Polistraße 9.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Abonnementpreis: Für die Jahrgangspost: 12 Mark. Einzelhefte: 2 Mark. - Einzelhefte: 10 Pfennige. - Einzelhefte: 10 Pfennige. - Einzelhefte: 10 Pfennige.

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verspätung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schreddeitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30, Fernsprecher Nr. 1277

Nummer 11

Halle, 17. März 1928

4. Jahrgang

Die Ergebnisse von Genf

Stresemanns Bericht

Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist mit der Verhandlung in Genf zurückgekehrt und hat dem Reichspräsidenten über die dort geschlossenen Verträge einen Bericht erstattet. Ein Vortrag im Reichstag über die Ergebnisse dieser Verhandlungen wird für den 17. März in Genf sehr wichtig sein. Darin wird die Lage der Dinge vor der Entscheidung über die Verhandlungen im Reichstag sehr kurz zusammengefasst werden. Die Verhandlungen in Genf haben sich nicht so leicht abwickeln lassen, wie man sich in der Öffentlichkeit vorstellen könnte. Die Verhandlungen haben sich über einen Zeitraum von mehreren Wochen erstreckt und haben eine große Rolle gespielt. Die Verhandlungen haben sich über einen Zeitraum von mehreren Wochen erstreckt und haben eine große Rolle gespielt.

Praktischen Wert hat diese Einschränkung nicht. Kein Vertrag richtet sich gegen Dritte. Das Wort 'Tatbestand', das die Sprache nur dazu da ist, die Gedanken zu verdeutlichen, ist die Basis aller Verträge. Sie sind immer denselben, wenigstens nach dem Text. In Wirklichkeit bedeuten sie aber eine Verletzung der Neutralität. Es kommt lediglich darauf an, wie man sie in der Stunde der Not auslegt. Und das kann nicht der mindeste Zweifel darüber herrschen, daß sie offensichtlich gemeint sind. Frankreich schloß sie, um Deutschland niederzuhalten. Später auch mit der Front gegen Italien und Ungarn. Schon daraus geht hervor, welchem Zweck sie dienen. Aber das ist nicht das Einzige. In dem Vertrag ist auch die Bestimmung enthalten, daß der Rat auf Antrag einer Partei die Beilegung für weitere solche regionale Verträge in die Hand nehmen kann. Die deutsche Forderung, daß die Zustimmung weder vorzuziehen noch abgelehnt. Das befragt für unseren Fall, daß eines Tages, und wir müßten damit bestimmt werden, die Polen an den Rat heranzutreten werden, um ein Dissozium zu fordern. Es bedarf dazu sehr großer Geschicklichkeit, um die Gefahren abzuwenden ohne wieder in den Fuß des Friedensführers zu gelangen. Ein solches Dissozium ist aber für uns einfach untragbar. Wir denken demnach daran, den Polen unsere Grenzen zu garantieren. Auf die Verwendung von Waffengewalt haben wir ohnehin seit 1925 verzichtet. Darüber hinauszufragen liegt für uns nicht der mindeste Anlaß vor. Wir dürfen uns jedoch nicht darüber täuschen, daß man in der Welt für unsere Haltung kein Verständnis hat. Die übrigen Völker sehen hier nur eine Kriegsgeschichte, die sie bestürzt haben wollen, wobei es ihnen gleichgültig ist, wer die Kosten bezahlt. Dadurch kommen wir in das Hinterstricken, denn wir sind in diesem Falle die Aggressoren, die eine Veränderung der bestehenden Zustände herbeiführen müssen. Das der Konvention unmöglich ist, gibt man zwar zu, aber die Ursache schmerzt nur den, der sie trägt. Wir haben alle Ursache, einer Entwidlung mit ernstlicher Sorge entgegen zu sehen.

Es scheint aber ausgefallen zu sein, daß die Verhandlungen in Genf nicht so leicht abgewickelt wurden, wie man sich vorstellen könnte. Die Verhandlungen haben sich über einen Zeitraum von mehreren Wochen erstreckt und haben eine große Rolle gespielt. Die Verhandlungen haben sich über einen Zeitraum von mehreren Wochen erstreckt und haben eine große Rolle gespielt.

Die Bauernrevolten

Die Not der Landwirtschaft ist von niemandem ernstlich beklagt worden. Der Kapitalmangel, die drohenden Steuern, die uns durch den Verfall der Erträge aufzugeschwungen sind, und nicht zuletzt die Mißstände der vergangenen Jahre haben die Bauernschaft völlig in Frage gestellt. Die Bauern sind heute fast zu Tode. Es kommt hinzu, daß in vielen Gegenden die bäuerliche Wirtschaft fast ganzlich zerstört ist. Die Bauern sind heute fast zu Tode. Es kommt hinzu, daß in vielen Gegenden die bäuerliche Wirtschaft fast ganzlich zerstört ist.

Die Investigation

Die Untersuchung der Verhältnisse in den verschiedenen Ländern ist ein sehr wichtiges Thema. Die Untersuchung der Verhältnisse in den verschiedenen Ländern ist ein sehr wichtiges Thema. Die Untersuchung der Verhältnisse in den verschiedenen Ländern ist ein sehr wichtiges Thema.

Die Vollmachten des Reichspräsidenten

In Genf herrscht das Bestreben, die Rechte des Reichspräsidenten zu erweitern. Die Rechte des Reichspräsidenten zu erweitern. Die Rechte des Reichspräsidenten zu erweitern.

Der Fall Rhocbus

Die Denkschrift über diese unerwarteten Angelegenheiten ist nunmehr in der Fassung, die der Reichsparlamentarischer Rat in Verbindung mit dem Reichswehrministerium gemeinsam am 17. März 1928 veröffentlicht worden. Der Entwurf war sehr einfach, aber er ist sehr wichtig.



Der große Appell

macht es allen Demokraten zur Pflicht, unter Verwandten, Freunden und Bekannten zu werden. Niemand darf sich dieser Pflicht entziehen.

Tausende sind zu gewinnen!